

Die Praxis sozialistischer Friedenspolitik beweist, daß die Kommunisten alles tun, um eine atomare Kriegskatastrophe zu verhindern; die Arbeiterklasse strebt stets danach, die für alle Menschen günstigsten, die geringsten Opfer erfordernden Wege des Kampfes um den sozialen Fortschritt freizulegen.

**Konfrontation** Im Ergebnis des veränderten Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und des angespannten, langwierigen Kampfes um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz ist es den sozialistischen Staaten in den 70er Jahren gelungen, den Übergang vom „kalten Krieg“ zur Entspannung einzuleiten und wesentliche im Kampf gegen die faschistischen Aggressoren errungene Resultate völkerrechtlich zu verankern. Die eingeleiteten Veränderungen zielen darauf, das System der internationalen Beziehungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz umzugestalten. Dem haben die aggressivsten Kräfte des Imperialismus an der Wende zu den 80er Jahren den Kurs auf Konfrontation entgegengestellt.

Der Übergang zur Entspannung war möglich geworden durch den Kampf und das Zusammenwirken der drei revolutionären Hauptströme unserer Zeit, und andererseits förderte gerade die internationale Entspannung weitere Erfolge im revolutionären Weltprozeß: So scheiterte die Blockade gegen Kuba und die DDR, siegten die revolutionären Kräfte in Vietnam, Laos und Kampuchea, erlitt die imperialistische Reaktion in den befreiten Ländern Afrikas Niederlagen, erfuhr die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern einen Aufschwung und erstarkten kommunistische Parteien. Unter den Bedingungen der Entspannung konnten demokratische Kräfte die faschistischen Regimes in Griechenland, Portugal und Spanien beseitigen. Die Entspannung war auch die Hauptvoraussetzung für die Entwicklungsländer, ihren anti-imperialistischen Kampf auf das Gebiet der ökonomischen Unabhängigkeit auszudehnen und international gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen anzustreben.

Zur Entspannung leistete und leistet insbesondere die Sowjetunion mit ihrer Außenpolitik einen entscheidenden Beitrag. So konnten das vom XXIV. Parteitag der KPdSU 1971 beschlossene umfassende **Friedensprogramm**<sup>12</sup> in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum bis Mitte der 70er Jahre zu einem bedeutenden Teil verwirklicht und vom XXV. Parteitag der KPdSU ein außenpolitisches Programm beschlossen werden, dessen Vorschläge die organische Fortsetzung und Weiterentwicklung des Friedensprogramms waren. Im Rahmen der Friedensstrategie des Sozialismus hatte das erste Programm vor allem die Aufgabe, Grundlagen für normale Beziehungen der friedlichen Koexistenz mit den imperialistischen Großmächten und anderen kapitalistischen Staaten zu schaffen „und diese Beziehungen von den wichtigsten Anlagerungen des ‚kalten Krieges‘ freizumachen“, um damit die Voraussetzungen für eine „immer breitere Zusammenarbeit auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur zu ent-“<sup>12\*</sup>

12 Siehe Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Referent: L. I. Breshnew, Moskau/Berlin, 1971, S. 40 ff.